

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Gesamtherausgeber: Theodor Wolff in Berlin.
Verleger: Ernst und Bertha von Rubloff Wolff in Berlin.

Nr. 451 • Ausgabe B Nr. 224
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 451

Die Berliner Besprechungen des Grafen Lerchenfeld

Besuche bei dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler.

Seit vormittag gegen 10 Uhr traf, wie wir hören, der neue bayerische Ministerpräsident Graf Hugo Lerchenfeld in Begleitung des Ministers des Innern Schwegler, des Handelsministers Gamm und zweier Ministerialdirektoren in Berlin ein. Er wurde am Bahnhof von dem hiesigen Gesandten Bayerns, Herrn v. Pöge, empfangen. Die Herren begaben sich alsbald zur bayerischen Gesandtschaft, wo gleich nach der Ankunft eine Besprechung über die bevorstehenden Beratungen mit der Reichsregierung stattfand. Nach Beendigung dieser Sitzung im Gesandtschaftsgebäude fuhr Ministerpräsident Lerchenfeld gegen 11 Uhr vormittags in Begleitung des bayerischen Gesandten zum Reichspräsidenten, um sich diesem vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die noch unerledigten Fragen zwischen dem Reich und Bayern berührt und die künftigen Beziehungen beider Kabinette besprochen. Im Anschluß an die Vorstellung beim Reichspräsidenten, wurde Graf Lerchenfeld dem Reichskanzler Dr. Brüch auf. Auch im Verlaufe dieser Unterhaltung wurden die Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern in entgegenkommender Sinne erörtert. Die Beteiligten waren darüber einig, daß die jetzt bestehenden Missverständnisse zwischen dem Reich und Bayern im Interesse der innen- und außenpolitischen Gesamtlage und im Interesse des inneren Friedens so schnell wie möglich beseitigt werden müßten.

Zu 12 Uhr hatte die Reichsregierung eine Kabinettsitzung über die bayerische Frage anberaumt. Der Beginn der Beratung verzögerte sich jedoch um beinahe eine Stunde, da die Unterhaltung zwischen Reichskanzler Dr. Brüch und dem bayerischen Ministerpräsidenten noch andauerte. Um die für die Kabinettsitzung

bestimmte Stunde erschien die Mehrzahl der übrigen Mitglieder der Reichsregierung, die an der Unterhaltung teilnahmen. Auch der für die Hauptfrage, den Erlaß und die Aufhebung von Verboten zuständige Reichsminister des Innern, Dr. Grodnauer, war anwesend.

Die Reichsregierung gab bei diesen Besprechungen ihrem bisherigen Standpunkt erneut Ausdruck. Dieser geht beinahe vollständig mit dem Meinungsvorschlag überein, den zwischen dem Reichsminister des Innern und einer Landesregierung in Vertretung eine Reichsinstanz, etwa der Reichswirtschaftsrat, das Amt eines Schiedsrichters übernimmt. Es besteht in möglichen Fällen die harte Forderung, daß die Streitfragen zwischen dem Reich und Bayern nimmere in kurzer Zeit erledigt sein werden. Wie lange Zeit die Beratungen mit dem Ministerpräsidenten Lerchenfeld in Anspruch nehmen werden, steht noch nicht fest. Aus diesem Grunde ist auch die Dauer des Berliner Aufenthalts des Ministerpräsidenten noch völlig unbestimmt. An der morgigen Kabinettsitzung des Reichspräsidenten in Ludwigshafen wird er jedenfalls nicht teilnehmen.

Die bayerischen Minister in Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 24. September.

Gleichzeitig mit den Ministern Lerchenfeld und Schwegler hat sich Handelsminister Gamm nach Berlin begeben. Die Reihe des Reichsministers hat sich jedoch nicht durch die heutigen Verhandlungen über die Ausnahmeverordnung veranlaßt, sondern durch die Ausrede der Ludwigshafener Katastrophe und ihre wirtschaftlichen Folgen. Von Berlin reisen die Minister zur Trauerfeier in Ludwigshafen.

Die Frankfurter Herbstmesse.

Qualitätsmesse. — Teilnahme des „Werbundes“.

Von unserem Korrespondenten Bruno Stümke.

Am Sonntag wird die fünfte internationale Messe in Frankfurt beginnen und auf neue ihre Teilnahmeberechtigung in der Reihe deutscher Messen nachzuweisen haben. Man weiß, daß ihr diese Teilnahmeberechtigung einmütig in einer früheren Stunde bestritten wurde, in einer Stunde, in der man sich offenbar nicht klar darüber war, welchen Zweck die Frankfurter Messe zu erfüllen hat. Ihre Stellung ist in der Tat wesentlich verchieden von der anderer Messen. Als sie im Jahre 1919 errichtet wurde, dachte man nicht daran, sie etwa als ein Konkurrenzunternehmen gegen Leipzig auszubauen; das wäre fälschlich und zwecklos gewesen. Denn Leipzig hat als große Mustermesse festen Boden, und aus blühendem Lokalpatriotismus heraus wird niemand, der einigermaßen umstände ist, das deutsche Wirtschaftsleben richtig einschätzen, eine andere Mustermesse in dem Glauben gründen, den Leipziger das Wasser abzugraben. Leipzig und Frankfurt, beide Messen haben eigentlich ganz verschiedene Aufgaben, deshalb haben sich beide als nützlich erwiesen, und nur deshalb hat Frankfurt so große Erfolge aufzuweisen, Erfolge, wie sie wohl erstrebt, aber in so kurzer Zeit nicht erwartet werden konnten. Die Eigenart Frankfurts liegt in seinem Ausbau als reine Qualitätsmesse, als solche wurde sie begonnen, und als solche ist sie auch weiter ausgebaut worden. Und in allem, was die Messeleitung tut, verliert sie nie dieses Ziel aus dem Auge, daß sie sich von vornherein gesteckt hat. Der Gedanke des Auf- und Ausbaues einer Qualitätsmesse ist nicht rein theoretisch, er hat sich aus Gründen der Praxis von selbst ergeben. So hat auch infolge der Valuta die deutschen Absatzmöglichkeiten im Ausland sich so befestigt, daß in Fachkreisen kein Zweifel darüber, daß besonders Westeuropa ein großes Interesse an deutschen Qualitätswaren hat. In einem gewissen Sinne sind Waren schlechterer Qualität in jenen Ländern vorhanden, an deutscher Qualitätsware jedoch fehlt es. Es sei hier nur an die bedeutende Offenbacher Lederindustrie erinnert, die vor dem Kriege einen großen Export nach dem Auslande hatte; sie ist jetzt dabei, ihre alten Beziehungen wieder aufzunehmen, und die Frankfurter Messen leisten ihr dabei die wertvollsten Dienste, ein eigenes Gebäude ist ihr gewidmet.

Die diesjährige Herbstmesse wird nun ganz besonders den Charakter einer Qualitätsmesse tragen, sie wird im neuesten Bau, im sogenannten „Haus Werkbund“, den im deutschen Werkbund bereitgestellten fremden Gelegenheiten geben, im Rahmen einer Messe ihre Produkte zu zeigen. Der deutsche Werkbund wurde im Jahre 1908 gegründet, er hat seitdem solche Firmen angezogen, die wirkliche Qualitätswaren liefern. Im aber zu vermeiden, daß mit der Zugänglichkeit zum Werkbund Klammere gemacht wird, kann die Wirksamkeit nur durch Aufforderung, also nicht durch Beitritt erworben werden. Da es dem Wesen des Werkbundes widerspricht, auf einer Messe auszustellen, die doch mehr oder weniger stets eine Warenausstellung bietet, so war Voraussetzung, daß dem Werkbund auf der Messe eine Sonderstellung eingeräumt werden mußte. Diese Vorbedingung ist jetzt dadurch erfüllt worden, daß der Werkbund im eigenen Heim, eben im sogenannten „Haus Werkbund“, sein Unterkommen finden wird. In seiner Teilnahme liegt eine besondere Bedeutung, nicht nur für die Frankfurter Messe, sondern für die deutsche Kunst und das Kunsthandwerk. Sie ist gewissermaßen ein Symbol für die tiefsten Wurzeln der Frankfurter Messe überhaupt.

Das Prinzip der Qualitätsmesse bedingt auch eine Zusammenfassung der Branchen, eine Branchenkonzentration, um leichtere Vergleichsmöglichkeiten zu haben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hierin ein qualitätsfördernder Faktor liegt, der nicht unterdrückt werden darf. Wenn A. sieht, daß B. bessere Geschäfte macht, weil er in der gleichen Branche eine bessere Qualität liefert, so wird A. bestrebt sein, es dem B. gleich zu tun, das ist eine einfache Folge der sichtbaren Konkurrenz. Sind jedoch die einzelnen Aussteller einer Branche in verschiedenen Gebäuden verteilt, so ist diese Beobachtung weit schwerer zu machen, und die Ausgleichsmöglichkeiten, die von einer guten Messe doch eigentlich immer verlangt werden können, sind nicht zu geben. Natürlich kann eine Branchenkonzentration stets nur bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden. In Branchen, die eine außerordentlich harte Wettbewerbssituation aufweisen, ist es gewiß nicht immer möglich, alle in einer Halle zu vereinigen. Die Frankfurter Herbstmesse hat einen Umfang angenommen, das selbst die Riesenausdehnung der Festhalle nicht ausreicht, alle Aussteller hier unterzubringen. Durch Umbauten ist die Messeleitung aber bestrebt gewesen, doch ihrem Prinzip treu zu bleiben. Wie in der Zeit der Vorbereitungen sich an anderen. Die Festhalle sollte in der ersten Linie erweitert werden; eine neue, große Halle ist entstanden, die für Elektrotechnik, sanitäre Einrichtungen und vermalebte Branchen bestimmt ist. Und neben diesem Nebenraum steht man schon den Platz abgesteckt, auf dem im nächsten Frühjahr die große „Halle der Industrie“ stehen soll. (Zur Frankfurter in der glücklichen Lage, noch aber ein recht ansehnliches Baugelände zu verfügen, und zwar, was sehr wertvoll ist, über ein zusammenhängendes Baugelände. Die Erweiterung kann nicht nur die Branchenkonzentration, so weit als möglich durchgeführt werden, hierdurch ist auch die Möglichkeit geboten, alle Messenarbeiten auf einem Komplex zu vereinen, also eine Messestadt in der Stadt zu errichten. Auch das ist eines der Ziele, die sich die Messeleitung gesteckt hat. Da sie es erreichen wird, hängt von dem Umfang ab,

Einwände der Entente gegen die deutsche Schutzpolizei.

Eine neue Note der Militärkommission.

„Entmilitarisierung“ und „Dezentralisierung“ gefordert.

Wie unter L. L. Mitarbeiter aus Parlamentarierkreisen erfährt, ist Anfang September im Auswärtigen Amt eine von General Wolff geleitete Note der Internationalen Militärkontrollkommission eingegangen, die sich gegen die Organisation der deutschen Schutzpolizei wendet. In dieser Note, von der in erster Linie die preussische Polizei betroffen wird, weist General Wolff auf die Verletzung der Bologner Konferenz hin. Auf Grund dieser Verletzung wurde Deutschland damals beauftragt, das Zugeständnis gemacht, daß es unter gewissen Bedingungen entlastet 100 000 Mann Polizei, 150 000 halbes dürfte. Dabei war jedoch unter jenen Voraussetzungen eine der Hauptbedingungen, die Polizei dürfe keine zentrale Organisation besitzen, weil sie dadurch angeblich einen militärischen Charakter erhalte. Das Schreiben Wolffs erklärt weiter, die gegenwärtige Organisation verstoße auch gegen die Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrags. Wolff wendet sich gegen die „administrative Zentralisierung“ und fordert die Reichsregierung auf, die Schutzpolizei zu „entmilitarisieren“. Zu diesem Zweck müsse man den bisherigen Begriff der „Entmilitarisierung“ werden jedoch keine weiteren Bestimmungen und Erklärungen geben, auf welche Weise und bis wann Derartige zu geschehen hat.

Diese Entmilitarisierungsnote der Internationalen Militärkontrollkommission bildet gegenwärtig einen der hauptsächlichsten Bestandteile gegen die deutsche Schutzpolizei. Die deutsche Landesbehörden über die Frage des Reichsministers Dr. Grodnauer und dem preussischen Minister des Innern Dominicus statt. Auch die Reichsregierung wird sich in ihrer letzten zweiten Kabinettsitzung, die nachmittags stattfand, mit dieser

Angelegenheit beschäftigen. Es ist nach Ansicht maßgebender Parlamentarier damit zu rechnen, daß es zu Verhandlungen mit der Entente über ihre Forderungen kommen wird. Die Frage ist nur, ob sich die Reichsregierung demgegenüber mit General Wolff in Verbindung setzen wird, sich direkt an den Botschaftsleiter in London wenden wird. Man sieht einmütig mit dem Einwand, eine nur lose zusammenhängende örtliche Volkspolizei sei nicht im Stande, die Ruhe und Ordnung im Innern zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke sei eine kleinere Polizei unbedingt notwendig.

Die Notwendigkeit einer starken und schlagkräftigen Schutzpolizei hat sich niemals dringlicher und deutlicher gezeigt als in den letzten Monaten, in denen es galt, Unruhen von rechts und links mit Nachdruck entgegenzutreten. Der von uns heute reich veröffentlichte Erfolg des preussischen Ministers des Innern zur wirksamen Bekämpfung der überhandnehmenden Landfriedensbrüche liefert einen ausgezeichneten Beweis dafür, daß eine schwache örtliche Polizei den heutigen Erfordernissen keineswegs genügt. Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß gerade in diesem Moment die internationalisierte Militärkommission wieder mit Einprüdlen herbeizurufen sucht, was alles geschehen, um den Aufbau der Schutzpolizei den harten Bestimmungen des Versailler Vertrags zu genügen. Namentlich die Ministerialdirektion Dr. Abegg legt Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den polizeilichen Charakter der Institution scharf auszuprägen. Wir hoffen, es wird den Verhandlungen gelingen, die Gegenseite davon zu überzeugen, daß die heutige Schutzpolizei nur dem Zweck der Volkspolizei dienlich ist, daß sie aber für diesen Schutz unumgänglich notwendig ist.

Von der Völkerbundstagung in Genf.

Die Arbeit in den Kommissionen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

st. Genf, 24. September.

In der dritten Kommission für die Rüstungsbeschränkungen ist nach Robert Cecil die Einberufung einer Konferenz über die private Waffenfabrikation im Juni nächsten Jahres vor. Regnaud (Frankreich) und Fisher (England) erklären die Festlegung eines Datums für unmöglich, solange nicht die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz vorliegen. Lord Robert Cecil befragte lebhaft eine Mitteilung, die eine Völkerbundskonferenz von derhaltung der Vereinigten Staaten abhängig mache. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Zeitlich wurde ein Vermittlungsantrag von Schöner (Österreich) angenommen, der den Rat auffordert, alle Völkerbundmitglieder und auch die an der Frage interessierten Nichtmitglieder zu einer internationalen Konferenz über die private Waffen- und Munitionsfabrikation und den Waffen- und Munitionshandel einzuladen. Das Datum der Konferenz soll sobald wie möglich vom Völkerbundrat festgesetzt werden und zwar möglichst vor der nächsten Völkerbundtagung. Die Kommission für die technische Organisation hat den Bericht der provisorischen Wirtschaftskomitee und Finanzkommission entgegen, die sich vor allem mit der finanziellen Wiederanfertigung Österreichs befaßt hat. Die wichtigsten Ausgaben dieser Kommission im Jahre 1922 werden auf 174 000 Franken geschätzt. Der Berichterstatter Ador (Schweiz) hält mit, daß die Ausdehnung der Kreditlinie auf andere Länder als Österreich erwogen werde. In der Ausrede wurde die Aufwandsfrage und das problematische internationale Gan-

zelsabkommen erwogen. Die Haushaltskommission des Völkerbundes lehnte einen Antrag ab, der für die Aufstellung der Beiträge der Völkerbundmitglieder die Berücksichtigung der Valuta wertvollsten Delegierte Spafajowitsch teilte dem Völkerbund in Verantwortung einer Anfrage Lord Robert Cecil mit, daß die direkten Verhandlungen zwischen Schweden und Österreich über die Auslegung des Artikels 267 des Friedensvertrages von St. Germain in der nächsten Woche in Wien beginnen werden. Österreich hätte diesen Zwischenfall vor den Völkerbund gebracht. Es handelt sich dabei um den österreichischen Protest gegen das Vergehen Schwedens, das entgegen dem Artikel 267 die Liquidation österreichischer Privatbesitz in den früheren österreichisch-ungarischen Gebieten Schwedens vornehmen wollte für den Fall, daß diese österreichischen Schulden nicht in fälliger Währung bezahlt würden. Der Völkerbundrat hatte am 1. Juni die Angelegenheit verurteilt, um direkte Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen abzuwarten. Die fünfte Kommission wies bei der Prüfung die Mitarbeit Deutschlands. Berlin wünscht in den Diplomverhandlungen eine großzügige Propaganda.

Der fähigste Delegierte Spafajowitsch teilte dem Völkerbund in Verantwortung einer Anfrage Lord Robert Cecil mit, daß die direkten Verhandlungen zwischen Schweden und Österreich über die Auslegung des Artikels 267 des Friedensvertrages von St. Germain in der nächsten Woche in Wien beginnen werden. Österreich hätte diesen Zwischenfall vor den Völkerbund gebracht. Es handelt sich dabei um den österreichischen Protest gegen das Vergehen Schwedens, das entgegen dem Artikel 267 die Liquidation österreichischer Privatbesitz in den früheren österreichisch-ungarischen Gebieten Schwedens vornehmen wollte für den Fall, daß diese österreichischen Schulden nicht in fälliger Währung bezahlt würden. Der Völkerbundrat hatte am 1. Juni die Angelegenheit verurteilt, um direkte Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen abzuwarten. Die fünfte Kommission wies bei der Prüfung die Mitarbeit Deutschlands. Berlin wünscht in den Diplomverhandlungen eine großzügige Propaganda.

Vor einer Einigung in der Sanctionsfrage?

Wie wir aus Parlamentarierkreisen hören, nehmen die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Entente über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen einen günstigen Verlauf. Die Besprechungen zielen darauf ab, die Befugnisse der beauftragten französischen Militärkontrollkommissionen so zu gestalten, daß sie für die deutsche Regierung annehmbar sind. Die Beratungen dürften in kurzer Zeit zu einer Einigung und zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen führen.